

An
Oberbürgermeister
Herrn Weichel
– im Hause –

Fraktion im
Stadtrat Kaiserslautern
n
Rathaus Kaiserslautern
Zimmer 201
Willy-Brandt-Platz 1
67655 Kaiserslautern
Tel.: 49(631)6800
Tel.: -49(631)365--403
ratsfraktion@gruene-kl.de

Kaiserslautern, 09.09.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
wir bitten Sie um die unverzügliche Einberufung einer Sitzung des Stadtrates gemäß § 34 Abs. 1 Satz 4:

Umgang der Gemeinde mit Ordnungswidrigkeiten, Verleumdungen, Straftaten und / oder anderen illegalen Aktionen gegenüber Mandatsträger*innen von Seiten durch Entscheidungen des Rates betroffener Akteure

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat wird umfassend über die Auswirkungen von möglichen Konsequenzen (psychologisch, rechtlich...) von illegalen Aktionen im Sinne des Absatzes 1 dieses Antrags auf die Gemeinderatsarbeit informiert, ebenso über die Anforderungen an den Gemeinderat und weitere Entscheidungsträger im Umgang mit illegalen Aktionen. Der Stadtrat wird zudem informiert über die Pflichten der Verwaltung, seine Mandatsträger*innen vor Übergriffen durch von Ratsentscheidungen betroffener Akteure zu schützen.

Der Stadtrat

- Berät und beschließt ggfls. geeignete Maßnahmen, um die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit von Entscheidern inkl. Gemeinderatsmitgliedern und ggf. weiteren Betroffenen zu sichern, sofern die o. a. Pflichten zum Schutz nicht als ausreichend angesehen werden
- Berät und beschließt ggfls. geeignete Maßnahmen zur Unterstützung von Gemeinderatsmitgliedern zur Lösung von persönlichen Betroffenheiten, die einen Bezug zu deren Mandatsausübung haben
- Berät und beschließt ggfls. die Entwicklung eines Verhaltenskodex zum Umgang mit Datenschutzverstößen

Gemäß § 35 Abs. 2 der GemO werden zur Erörterung der Sachverhalte folgende Experten eingeladen:

- Landesdatenschutzbeauftragten des Landes Rheinland-Pfalz
- Herrn Rechtsanwalt Laurent Meister, Sozietät EbnerStolz, Kronenstraße 30, 70174 Stuttgart
- Herrn Rechtsanwalt Dirk Buttler, Zum Steigerhaus 8, 46117 Oberhausen, ([Dirk Buttler | Buttler \(buttler-rechtsanwalts-gesellschaft.de\)](mailto:Dirk.Buttler@buttler-rechtsanwalts-gesellschaft.de))
- Dr. med. Alexander Jatzko, Psychologe des Westpfalz-Klinikums

Ausgangslage und Begründung

Die Fraktion „Die Grünen“ hatte den Oberbürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden und weitere Personen am 1.9.2021 vorab informiert, dass sie aus aktuellem Anlass in der Stadtratssitzung am 6.9.2021 in einem Dringlichkeitsantrag kritische datenschutzrechtliche Fragestellungen prüfen und ggf. auch Entscheidungen herbeiführen wollte. Unverständlicherweise hat der Oberbürgermeister nicht einmal den Vortrag einer Antragsbegründung im Stadtrat zugelassen und ebenso angekündigt, dass er jede diesbzgl. vom Rat getroffene Entscheidung nicht umsetzen würde. Den referenzierten Anlass wertete der Oberbürgermeister eigenständig als Privatsache.

Präventiv daher zur Klarstellung: Ziel dieses Antrages ist es **NICHT** den referenzierten Anlass zu bearbeiten. Es ist bekannt, dass dies bereits eigenverantwortlich und umfänglich durch die Betroffenen erfolgt. Auch ist der Rat über den Verfahrensstand informiert.

Mögliche illegale Aktionen können u.a. die Ratsarbeit behindern und auf Entscheidungen von Gemeinderatsmitgliedern in ihrer freien und unabhängigen Mandatsausübung erheblichen Einfluss nehmen.

Alle Ratsmitglieder arbeiten im Ehrenamt für das Gemeinwohl und für die Stadt Kaiserslautern. Im Hinblick auf eine nachhaltige Politik für die Bürgerinnen und Bürger hat der Rat oftmals Entscheidungen zu treffen, die Gewinnverluste in Millionenhöhe für einzelne Akteure bedeuten können. Es ist menschlich verständlich und leider auch durchaus üblich, dass diese Akteure versuchen, die Entscheidungsträger*innen in ihrer Integrität zu untergraben, zu korrumpieren und moralisch sowie psychisch unter Druck zu setzen, um solcherlei Gewinne, oft auf Kosten der Allgemeinheit, doch realisieren zu können. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist u.a. eine Strafanzeige gegen Ratsmitglieder aus dem Jahr 2017, welche auch medial in illegitimer Weise und für Ratsmitglieder schädigend veröffentlicht wurde. In diesem Zusammenhang ist es uns ebenso wichtig eine Expertenmeinung zu den psychologischen Auswirkungen für die Betroffenen zu hören.

Ungeachtet der finalen rechtlichen Bewertung des referenzierten Anlasses sind wir nicht der vom Oberbürgermeister dargestellten Ansicht, dass Rechtswidrigkeiten, beispielsweise Datenschutzverletzungen, gegenüber Mandatsträger*innen von Seiten durch Entscheidungen des Rates betroffener Akteure eine Privatsache sind und diese den Rat und die Verwaltung in keiner Weise tangieren, insbesondere weil bekannt ist, dass der referenzierte Anlass bereits Einfluss auf die Entscheidungsfähigkeit von Ratsmitgliedern genommen hat und eine weitere Einflussnahme anzunehmen ist.

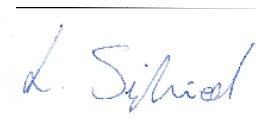
Aber auch dies soll mit Hilfe der Expertenanhörung erörtert und geprüft werden.

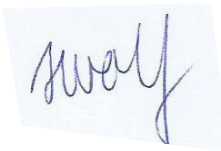
Auf Basis der dann erhaltenen Kenntnisse muss in der Folge Handlungssicherheit für alle geschaffen werden. Dies ist aktuell nicht gegeben!

Aus unserer Sicht müssen Mandatsträger*innen und andere Entscheider*innen sicher sein vor illegalen Aktionen gegen ihre Person durch von Ratsentscheidungen betroffenen Akteure. Ratsmitglieder müssen durch die Verwaltung bestmöglich geschützt werden. Die Erklärung zur Privatsache einer solchen Aktion untergräbt die Demokratie. Mandate sollten ohne persönliches Risiko ausgeübt werden können.

Weitere Begründung erfolgt mündlich. mit freundlichen Grüßen

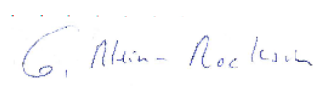

Tobias Wiesemann
Fraktionsvorsitzender



Lea Siegfried



Selina Wolf



Simon Sander



Dieter Siegfried


Gilda Klein – Kocksch



Dr. Michael Kunte


Michael Littig


Manfred Schulz



Marc Fuchs


Ursula Düll



Elisabeth Heid


Constanze Schmidt


Karin Krieger


Erika Wiebelt


Barbara Busch


Andreas Bernd